

Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung
Band: 25 (1968)
Heft: 1

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Schweizerische Vereinigung für Landesplanung VLP

Mitteilungen

Wir haben am Schluss der letzten Mitteilungen kurz auf den bundesrätlichen Vorschlag hingewiesen, die Bundesverfassung durch die Art. 22^{ter} und 22^{quater} über Bodenrecht und Landesplanung zu ergänzen. Der Ständerat verabschiedete die Vorlage in der dritten Woche der Wintersession 1967 mit folgendem Wortlaut:

Art. 22^{ter}:

1. Das Eigentum ist gewährleistet.
2. Bund und Kantone können im Rahmen ihrer verfassungsmässigen Befugnisse im öffentlichen Interesse und auf dem Wege der Gesetzgebung die Enteignung und Eigentumsbeschränkungen vorsehen.
3. Bei Enteignung und bei Eigentumsbeschränkungen, die einer Enteignung gleichkommen, ist volle Entschädigung zu leisten.

Art. 22^{quater}:

1. Der Bund ist befugt, über die Besiedlung des Landes und die Nutzung des Bodens, insbesondere die Schaffung von Zonenordnungen, auf dem Wege der Gesetzgebung allgemeine Vorschriften zu erlassen.
2. Die Anwendung dieser Vorschriften und die Festlegung der Zonen verbleiben unter Aufsicht des Bundes den Kantonen.
3. Der Bund fördert und koordiniert die Bestrebungen der Kantone auf diesen Gebieten und arbeitet mit ihnen zusammen.

Die Ergänzung der Bundesverfassung, die nach unserem Dafürhalten im Ständerat in einer ausgezeichneten Fassung gelungen ist, wird in der Frühjahrssession vom Nationalrat behandelt. Wenn der Beschluss des Nationalrates von jenem des Ständerates abweichen sollte, beginnt das Verfahren der Differenzbereinigung. Es steht also noch nicht fest, ob Volk und Ständen der vom Ständerat gebilligte oder ein anderer Text zur Ergänzung der Bundesverfassung vorgelegt wird. Wir werden daher an dieser Stelle später auf die neue Verfassungsvorlage zurückkommen. Wir möchten aber nicht unterlassen, unserem Präsidenten, Ständerat Dr. W. Rohner, Altstätten SG, wärmstens zu danken für seine Voten und für seine Anträge, denen die überwiegende Mehrheit des Ständerates zustimmte. Ständerat Rohner hat den Gang der Verhandlungen in der Kleinen Kammer wesentlich beeinflusst.

Zu verschiedenen Malen fanden während der Berichtsperiode Sitzungen statt, an denen die Gestaltung der Sondermarke der PTT mit einem Taxwert von 30 Rappen erörtert wurde, die am 12. September 1968 erscheinen wird. Schliesslich ist eine Einigung auf einen Vorschlag des Graphikers B. La Roche, Zürich, gelungen, die von der Geschäftsleitung und dem Ausschuss gutgeheissen wurde. Wir hoffen, die neue Marke werde von einer breiteren Öffentlichkeit wohlwollend aufgenommen und trage dazu bei, mehr Leute an die Aufgaben zu erinnern, die sich bei der weiteren Besiedlung des Bodens stellen.

Ende Dezember 1967 konnte das Zentralsekretariat seinen Bericht über die Regionalplanung im Raume Uzwil/Oberuzwil abliefern. Desgleichen wurde die intensive Mitarbeit für die Kurortplanung Kehrsiten, das zur politischen Gemeinde Stansstad gehört, abgeschlossen. Die Gemeindebürger von Stansstad werden am 12. Januar 1968 über die Vorlage zu befinden haben. Wenn sie den Anträgen des Gemeinderates entsprechen, ist es gelungen, eine weitere Kurortplanung aus der Taufe zu heben, die sich sehen lassen darf. Selbstverständlich wären an sich idealere Planungen wünschbar. Jede Planung trägt aber unmissverständlich die Zeichen des Kompromisses, sonst ist die Zustimmung der Mehrheit der Stimmbürger nicht zu erreichen. Zudem muss den wirtschaftlichen Gegebenheiten der Gemeinde, die plant, in einem weiten Masse Rechnung getragen werden. Schon vor der Abstimmung über die Kurortplanung Kehrsiten darf der beispielhafte Einsatz des Gemeindepräsidenten und des gesamten Gemeinderates von Stansstad dankbar erwähnt werden. Sonst wäre es niemals möglich gewesen, den Stimmbürgern am 12. Januar 1968 eine mit den Interessenten, den Einsprechern und den kantonalen Vertretern des Heimatschutzes bereinigte Vorlage zu unterbreiten, zu deren Sachbearbeitung der Auftrag am 21. Juli 1967 (!) erteilt worden war. Wenn die Stansstadler ihr Einverständnis bekunden, tritt die Kurortplanung am 13. Januar 1968 in Kraft, bedarf diese doch nach dem Recht des Kantons Nidwalden keiner Genehmigung durch eine kantonale Instanz. — Die Abstimmung ist positiv ausgefallen. Am 30. Januar 1967 weilte eine kleine Schweizer Delegation unter der Leitung des nunmehrigen Vizekanzlers Dr. W. Buser in Bonn, um die Bestellung einer gemischten deutsch-schweizerischen Landesplanungskommission

zu erörtern. Voraussichtlich kann eine solche Kommission im Mai dieses Jahres eingesetzt werden. Wir freuen uns darüber um so mehr, als die ersten Kontakte auf Beziehungen von Organen der VLP mit massgebenden Persönlichkeiten der Abteilung für Raumordnung des Innenministeriums der Bundesrepublik Deutschland zurückgehen. Ebenfalls am 30. September 1967 hielt die Ad-hoc-Kommission für Fragen der landwirtschaftlichen Strukturmassnahmen in ihrem Verhältnis zu landesplanerischen Anlagen ihre erste Sitzung unter Vorsitz von Oberrichter M. Baschung, Schaffhausen, ab. An der ersten Sitzung wurde das weitere Vorgehen festgelegt.

Die Geschäftsleitung traf sich am 7. Dezember 1967 in Bern. Das genaue Programm der Jubiläumstagung am 12./13. September 1968 in Biel wurde festgelegt. Fragen der Gestaltung des Bodenrechtes und der Landesplanung wurden intensiv besprochen. Auch der Ausschuss befasste sich am 18. Dezember 1967 mit demselben Thema. Da die Zeit zu einer ausreichenden Behandlung der sich stellenden Fragen nicht ausreichte, wird der Ausschuss im Februar 1968 zu einer weiteren Sitzung zusammentreten, an der vorwiegend zu den Problemen der verfassungsrechtlichen Neugestaltung von Bodenrecht und Landesplanung Stellung genommen werden soll.

Auch in der Berichtsperiode fanden öffentliche Veranstaltungen zur Aufklärung über die Belange der Planung statt. Wir gestatten uns, hier auf die nach unserem Dafürhalten besonders gut gelungene Adventstagung des Schwyzer Werkvolkes hinzuweisen, die unter dem Vorsitz von Rechtsanwalt Dr. A. Blunschy, Schwyz, am 10. Dezember 1967 von der Christlichen Sozialbewegung des Kantons Schwyz in Einsiedeln durchgeführt wurde.

Es sei uns erlaubt, hier schliesslich noch auf eine etwas heikle Frage — man möchte fast sagen vereinspolitischer Art — hinzuweisen. Gerade im vergangenen Jahr wurden einzelne Initiativen der VLP nicht sichtbar, da die zuständigen Behörden den Anliegen entsprachen oder vor eigentlichen Vorstössen in Kenntnis unserer Absichten ihre Praxis änderten. Wir halten dies als ausserordentlich erfreulich, vereinspolitisch aber alles andere als spektakulär, wird doch von dieser Tätigkeit im einzelnen weder im Tätigkeitsbericht noch in den Mitteilungen gesprochen, obwohl wir für diese Belange recht viel Zeit einsetzen. (Dr. R. Stüdeli)

Zur Frage von Grosserschliessungen

Der Begriff Grosserschliessung bedeutet eine zielgerichtete Ansiedlung von Wohn- und Arbeitsplätzen in einem bestimmten Gebiet. Grosserschliessungen sind daher eine alternative Besiedlungsform zur Streubebauung, deren disperse Verteilung von Aktivitäten die öffentliche Hand mit hohen Aufwendungen für Erschliessungen belastet. Im folgenden werden in genereller Form Möglichkeiten einer Strategie entwickelt, die erlauben, das erwartete Wachstum von Wohn- und Arbeitsplätzen an geeigneten Standorten durch Grosserschliessungen zu konzentrieren. Sie stützen sich auf einen Bericht, der kürzlich vom ORL-Institut herausgegeben wurde. Als Untersuchungsobjekt diente die Region Zürich.

Auf Grund der heutigen Wohnungsmarktlage, der prognostizierten Bevölkerungszunahme und der Veränderung der Wohnsitten durch Steigerung des Einkommens ist, wenigstens für die kommenden Jahre, für die ganze Schweiz mit einer Nachfragesteigerung zu rechnen. Für die Region Zürich kann sich diese Steigerung der Nachfrage verschärfen.

Das Angebot (Wohnbauproduktion) verfügt über eine beschränkte Elastizität der Produktionssteigerung. Diese ist hauptsächlich vom arbeitsextensiven, industriellen Sektor zu erwarten, der heute etwa 20 Prozent des gesamtschweizerischen Bedarfes deckt. Die Region Zürich bietet durch den bestehenden Besatz an Vorfabrikationsbetrieben, deren Kapazitäten im Vergleich zu anderen Regionen mehr als 20 Prozent des Bedarfes decken können, Vorteile der Produktionssteigerung an. Auf Grund dieses Angebotes sind für die theoretischen Testfälle Wachstumsraten von 200 bis 1000 Einheiten pro Jahr angesetzt worden.

Diese Grosserschliessungen sollen min. 25 Prozent der geschätzten Nachfrage an Wohnungen decken, damit die vorgeschlagene Strategie der Konzentration realisierbar ist. Die restlichen 75 Prozent der Wohnbautätigkeit werden dadurch auf die bestehenden Siedlungen verteilt. Im Hinblick auf die schwankende Entwicklung des Wohnungsmarktes sind statische Planungsspiele, z. B. in bezug auf Grösse einer Grosserschliessung, wenig relevant.

Die Ermittlung des Kapitalbedarfes für einen Testfall beruht auf empirischen Untersuchungen über die öffentlichen und privaten Bauinvestitionen in der Agglomeration Zürich (31 Gemeinden und Stadt Zürich) von 1957 bis 1966. Die Realisation befasst sich nach unserer Definition mit Operationen, die zum Aufbau und Betrieb einer Grosserschliessung führen können. Wir sehen die Realisation als eine wechsel-

weise Teilnahme von Öffentlichkeit und Privaten. Grundsätzlich kann sich die Öffentlichkeit an der Realisation durch a) rechtsverbindliche Beschlüsse, b) Bewilligungsverfahren und c) Kreditbeschlüsse beteiligen. Die Teilnahme der Privaten kann durch eine vertragliche Bindung sichergestellt werden; verschiedene Formen von Trägergesellschaften sind anhand von in- und ausländischen Beispielen untersucht worden.

Es wurde für die Darstellung der Abhängigkeiten und der zeitlichen Folge von primären Entscheidungen ein Schema des Realisierungsablaufes entwickelt. Den Ausgangspunkt bildet der Entscheid des Regierungsrates (Kanton Zürich), einen Standort zu bezeichnen; das Ziel liegt in der Fertigstellung der 1. Etappe.

Wir haben für die Darstellung des räumlich-technischen Entwurfes ausschliesslich auf die neuesten Projekte der englischen New Towns zurückgegriffen, die in bezug auf Konzept und Gestaltung für die zukünftigen schweizerischen Grosserschliessungen wegweisend sein können.

Es scheinen uns zwei Punkte für den Entwurf wesentlich:

die Flexibilität der (geplanten) Nutzungsveränderungen in bezug auf die gewählten Transportsysteme, und eine rationale Ordnung der räumlichen Stadtstrukturen im Sinne einer konzentrierten Flachbauweise.

H. J. Witwer

Untersuchungen von Gerichtsentscheiden über Strassenverkehrsunfälle

Gerichtsentscheide bei Strassenverkehrsunfällen sind zu einer bedeutsamen Frage des öffentlichen Interesses geworden. Eine Reihe von solchen Entscheidungen wurden durch das ORL-Institut untersucht. Im folgenden wird hierüber kurz berichtet. Anhand von Beispielen wird gezeigt, wie das Bundesgericht verkehrstechnische Grundlagen bei seinen Entscheiden über Verkehrsunfälle anwendet. Die Verhältnisse beim Bezirksgericht Zürich werden ebenfalls untersucht, und es wird festgestellt, dass diese ähnlich wie beim Bundesgericht sind und die gleichen Mängel zu konstatieren sind.

Im zweiten Teil werden jene Bundesgerichtsentscheide erwähnt, die Konsequenzen für die Projektierung haben können. (Entscheide über Vortrittsrecht, Sichtweiten, Ueberholspuren, Parkieren usw.). In der Schlussfolgerung wird festgehalten, dass zwar die verkehrstechnischen Grundlagen teilweise unrichtig angewandt werden, dass dies doch zu selten vorkommt, um eine grosse Aufklärungskampagne zu

unternehmen. Vorgeschlagen wird die Schaffung eines Werkes, das Richtern auf verständliche Weise die elementarsten fahrzeug- und verkehrstechnischen Grundlagen vermitteln sollte. Die Sammlung umstrittener Fälle wird fortgesetzt.

I. Steffen

Zur Methodik der Ausarbeitung von Gesamtleitbildern der Besiedlung der Schweiz

Das Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung ETH hat zuhause des Bundes Leitbilder der Besiedlung auszuarbeiten, wozu eine Expertenkommission begründet wurde. Für ihre Arbeit wurde eine kurze Methodik ausgearbeitet, die im folgenden beschrieben wird.

Das Leitbild der Besiedlung wird von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst. Diese Faktoren werden im Rahmen von sog. Teilleitbildern erarbeitet und in einer Synthese zu Varianten von widerspruchsfreien Leitbildern der Besiedlung zusammengefasst. Alle Teilleitbilder werden gleichzeitig erstellt und nach einem einheitlichen und vergleichbaren Verfahren bearbeitet. Die einzelnen Positionen und Arbeitsgänge, welche durchlaufen werden müssen, sind aufgeführt und in einem Zeitplan und Flussdiagramm dargestellt. Die gegenseitige Beeinflussung der beiden Prozesse Planung und Politik ist in den Arbeitsablauf von Anfang an eingebaut. Folgende Teilleitbilder werden im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die zukünftige Flächennutzung und den Flächenbedarf unter Mitwirkung berufener Fachleute aus der ganzen Schweiz im Rahmen eines grossangelegten Teamworks bearbeitet: Gesellschaftsleitbild, staatspolitisches LB, volkswirtschaftliches LB.

Sodann die Teilleitbilder Siedlung, kulturelle Einrichtungen, Erziehung, Gesundheitswesen, Industrie und Gewerbe, Verkehr, Kommunikation, Energiewirtschaft, Wasserwirtschaft, Landwirtschaft, Fremdenverkehr und Erholung, Forstwirtschaft, Landschaftsgestaltung und Naturschutz, Landesverteidigung. Jedes Teilleitbild wird in einen sog. primären und sekundären Teil aufgespalten.

Der primäre Teil enthält die idealen Vorstellungen der Gestaltung, die Zielsetzungen und die räumlichen Ordnungsprinzipien. Zusätzlich werden die qualitativen und quantitativen Beurteilungskriterien benannt. Der sekundäre Teil besteht in der technisch räumlichen Disposition auf die konkreten Verhältnisse in unserem Land unter Berücksichtigung der rechtlichen und finanziellen Gesichtspunkte.

C. Hidber

Fachtagung 1968

Der Baum im Stadtbild

Freitag, 8. März 1968, 9 Uhr,
im Restaurant Bürgerhaus, Neuen-
gasse 20, in Bern

Einladung

Der Baum erfüllt im modernen Städte-
bau wie im Ortsbild eine immer grössere
städtebauliche, ästhetische und bio-
logische Aufgabe. Es gilt, nicht einzig
die Bedeutung des Baumes, sondern
ebenso sehr dessen Anforderungen in
einer durch den Menschen veränderten
Umwelt zu erkennen. Soll die Existenz
eines angemessenen Baumbestandes
gesichert sein, so ist es notwendig, in
den kommunalen Bauordnungen die
rechtlichen Voraussetzungen zu schaf-
fen. Alle diese Probleme werden durch
kompetente Fachleute anlässlich der
VSSG-USSP-Tagung behandelt. Die
Einladung zu deren Besuch richtet sich
deshalb nicht allein an die Gartenbau-
ämter und Stadtgärtner der Schweiz,

sondern ebenso an die kommunalen
Verwaltungen, insbesondere deren
Bauorgane ganz allgemein.

Tagungsprogramm

09.00 Uhr

Eröffnung

09.10—09.50 Uhr

Vortrag:

Der Baum als städtebauliches Element
Architekt SIA BSA Hans Reinhard,
Bern

09.50—10.30 Uhr

L'importance biologique de l'arbre
Prof. P. E. Pilet, Universität Lausanne

10.30—11.10 Uhr

Der Baum und seine Umweltsbedin-
gungen in städtischen Verhältnissen
Richard Arioli, Gartenarchitekt BSG,
Stadtgärtner, Basel

11.10—12.00 Uhr

Diskussion Vorträge 1—3

14.00—14.40 Uhr

Der Baum und dessen Rechtsschutz in
einer städtischen Bauordnung
Dr. iur. W. Kolb, Chef Rechtsdienst der
städtischen Baudirektionen, Bern

14.40—15.10 Uhr

Anwendung und praktische Auswirkung
der Baumwertberechnungs-Normen
VSSG-USSP

A. Desarzens, architecte paysagiste
BSG, chef des Services des parcs et
promenades, Lausanne

15.10—16.00 Uhr

Diskussion zu Vorträgen 4 und 5

16.00—16.50 Uhr

Zusammenfassung über das Tagungs-
thema und allgemeine Aussprache

17.00 Uhr

Schluss der Tagung

Die Kosten der Tagungskarte betragen
für Mitglieder der VSSG . . . Fr. 20.—
für Nichtmitglieder . . . Fr. 25.—
und sind auf das Postcheckkonto
30-32425 der VSSG zu entrichten.

Anmeldungen und Anfragen an das
Sekretariat VSSG-USSP, Monbijou-
strasse 36, 3011 Bern, Tel. 031 25 39 15.

REZENSIONEN — CRITIQUES DE LIVRES

Geologische Karte des Kantons Zürich und seiner Nachbargebiete

Von Hantke, R., und Mitarbeiter. In
2 Blättern 1:50 000. Zürich 1967. In
Kommission bei F. Leemann.

Wenige Kantone verfügen über eine
vollständige geologische Kartierung;
auch der Kanton Zürich, einer der
dichtest besiedelten, gehörte bis vor
kurzem zu den empfindlichen «Lücken».
Diese ist nun dank der Initiative des
Geologen Prof. R. Hantke geschlossen.
Mit einer kleinen Gruppe von Mitarbei-
tern gelang ihm, alle Schwierigkeiten
— es waren paradoxerweise vor allem
finanzielle — zu überwinden. Als Re-
sultat liegt eine ebenso prächtige wie
instruktive Kantonskarte vor, um die
Zürich alle andern beneiden können.
Nicht ihre geringste positive Seite ist
der Raum, den sie deckt und der vom
Schwarzwald und Untersee im Norden
bis zu den voralpinen Seen im Süden
und vom Aaretal und dem aargauischen
Seetal im Westen bis ins Murggebiet
(Thurgau) reicht. Die 44stufige Karten-
legende, zu der noch 22 Zeichen tre-
ten, lässt den Detaillierungsgrad er-
kennen, mit welchem die geologischen
Einheiten dargestellt sind, wobei aus-
serdem 11 tektonische Einheiten unter-
schieden wurden. Ein knapper (30seiti-
ger) Text, dem eine Bibliographie von
gegen 260 Titeln beigelegt ist, bietet
eine vortreffliche regionale Geologie
des Kantons, die das frühere Buch von
H. Suter und R. Hantke willkommen er-

gänzt. Im ganzen wie im einzelnen
liegt ein Werk vor, auf das wir mit den
Autoren, insbesondere R. Hantke, stolz
sein dürfen; es ist auch für den Regio-
nal- und Lokalplaner eine ausgezeich-
nete Grundlage seiner Studien, ja es
wird ihm helfen, sie gründlicher und
differenzierter als bisher zu betreiben
und damit zu sichereren Ergebnissen
zu kommen.

W. E.

Explosion und Verwandlung der Menschheit

Von Henri Prat. Uebersetzung aus dem
Französischen von K. Bergner. 426 Sei-
ten, 41 Abbildungen. Leinen Fr. 38.—.
Walter-Verlag Olten 1965.

Das faszinierende Werk des bekannten
französischen Biologen ist dem Pro-
blem des «Ueberlebens» des Menschen
gewidmet, das in der Gegenwart zwei-
fellos allseitiges Interesse findet. Er
geht es mit ebenso gründlicher Akribie
wie mit wachem Geist an, wobei ihm
die «Metamorphose» des Lebens über-
haupt seit seinem «Entstehen» auf dem
Planeten Erde die Leitlinie darstellt.
Unter dem Aspekt der Eroberung des
Universums durch Leben, Pflanzen,
Tier und endlich durch den Menschen
analysiert er die Phasen der Entwick-
lung elementarer anorganischer, orga-
nischer bis stellarer «Systeme», indem
er ihre sachlich-räumlich-zeitliche Ener-
getik bzw. Dynamik zu erhellen ver-

sucht. Dabei kommt er für die Mensch-
heit zur Feststellung einer zeitlich zu-
nehmenden Geschwindigkeit des Wan-
dels, die schliesslich explosive «Stärke»
angenommen zu haben scheint, wie
auch ihre zahlenmässige Vermehrung
erkennen lässt, vor allem aber die
Fortschritte der Wissenschaft und
Techniken, die sie vor die Alternative
stellen, plötzlich sich selbst zu vernich-
ten, oder einem «goldenen Zeitalter»
zuzuschreiten. In sehr differenzierten
Auseinanderlegungen und Konfronta-
tionen der biologischen und insbeson-
dere anthropologischen Individual- und
Kollektivphänomene, ihrer Strukturen,
Expansions- und Regressionsprozesse,
ihren Beziehungen zur Umwelt, ihrer
Konflikte und Zusammenschlüsse
kommt er zum Schluss, dass die
Menschheit einerseits, um überleben zu
können, die optimale Art des Kolle-
ktivverhaltens, die Symbiose (gegen Pa-
rasitismus, Prädation usw.) fortbilden,
andererseits die wachsenden technischen
Mittel zur reinen Harmonisierung des
Lebens einsetzen muss, dass also eine
kluge Zukunftsplanung im Sinne einer
«neuen Hyper-Biologie» allein die Wei-
terexistenz gewährleistet. Hierfür liefert
Prat zahlreiche positive Vorschläge.
Sein gleicherweise spannendes, nicht
selten auch zu Widerspruch reizendes,
wie nicht zuletzt amüsantes Buch ist
wert, von jedem Fach- und Landespla-
ner gelesen zu werden. Es schockiert
nicht nur, es strömt wertvollste Impulse
aus.

W. E.